



An die
Landkreise
in Sachsen-Anhalt

Europa
Az.: 009-0/wi
Tel.: 0391/56531-20
fiebig@landkreistag-st.de

20. September 2017

Rundschreiben Nr. 520/2017

EU-Kommissionspräsident hält Rede zur Lage der Union 2017

Kurzfassung:

Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hat im Europäischen Parlament seine Rede zur Lage der Union 2017 gehalten. Darin stellte er die Prioritäten der Kommission für das kommende Jahr vor und skizzierte seine Vision, wie sich die Europäische Union bis zum Jahr 2025 weiterentwickeln könnte. Für Landkreise relevant sind insbesondere seine Aussagen zur künftigen europäischen Migrationspolitik, aber auch zu einzelnen kontrovers diskutierten Verfahren, darunter die europäische Einlagensicherung, die Säule sozialer Rechte, der Vorschlag zur Errichtung einer europäischen Arbeitsbehörde, eine künftige Beschlussfassung im Rat mit qualifizierter Mehrheit für Mehrwertsteuerregeln und die deutliche Verlagerung staatlicher Beihilfeentscheidungen auf die regionale oder kommunale Ebene.

Der Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hat am 13. September 2017 im Europäischen Parlament in Straßburg seine jährliche Rede zur Lage der Union 2017 (**Anlage**) gehalten. Darin stellte er zunächst aktuelle Wirtschaftszahlen und Fakten zur Europäischen Union dar, anschließend die Prioritäten der Kommission für das kommende Jahr und schließlich seine Vision, wie sich die Europäische Union bis zum Jahr 2025 weiterentwickeln könnte.

Mit einem einleitenden Dank an die 27 Staats- und Regierungschefs, sich nach seiner Rede zur Lage der Union im letzten Jahr für Einigkeit anstatt getrennte Wege entschieden zu haben, wies Juncker zu Beginn darauf hin, dass das fünfte Jahr des europäischen Wirtschaftsaufschwungs nun in jedem Mitgliedstaat angekommen sei. Das Wachstum der EU liege - für die Union als Ganzes - mit über 2 Prozent und für den Euroraum mit 2,2 Prozent über dem der Vereinigten Staaten. Die Arbeitslosigkeit sei so niedrig wie seit neun Jahren nicht mehr. Die Europäische Investitionsoffensive (EFSI) habe bis dato Investitionen im Wert von 225 Milliarden Euro freigesetzt, Darlehen an mehr als 445.000 kleine und mittelständische Unternehmen sowie

Albrechtstr. 7
39104 Magdeburg

Tel. (0391) 56 53 1 - 0
Fax (0391) 56 53 1 - 90

verband@landkreistag-st.de
<http://www.kommunales-st.de>

Stadtparkasse Magdeburg
IBAN: DE98 8105 3272 0037 0030 87
BIC: NOLADE21MDG

für mehr als 270 Infrastruktur-Projekte ermöglicht. Die EU habe zudem ihre öffentlichen Defizite von 6,6 auf 1,6 Prozent gesenkt.

Als wichtigste Prioritäten für das kommende Jahr nannte er neben weiteren Abkommen (Mexiko, lateinamerikanischen Staaten, Australien und Neuseeland)

- die Stärkung der europäischen Handelsagenda, der europäischen Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit,
- die Vorreiterrolle der EU im Kampf gegen den Klimawandel,
- den Schutz der Bürger im digitalen Zeitalter sowie
- die Migration.

Im Hinblick auf Migration sei mit dem neuen Grenz- und Küstenschutz ein wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen erreicht worden. Ebenso sei die Zahl der Geflüchteten mit dem EU-Türkei-Abkommen um 97 Prozent reduziert worden. Allerdings müsse Italien „als Retter der Ehre Europas im Mittelmeer“ weiter mit Nachdruck operativ und finanziell unterstützt werden. Europa habe zudem eine gemeinschaftliche Verantwortung bei der Verbesserung der Lebensumstände der Flüchtlinge in Libyen. Juncker kritisierte die fehlende Solidarität unter den Mitgliedstaaten. Dennoch seien in 2016 mehr als 720.000 Flüchtlingen Asyl gewährt oder sie neu angesiedelt worden - drei Mal mehr als die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien.

Er kündigte die Vorlage neuer Vorschläge zu Rückführungen, Solidarität mit Afrika und legalen Einreisewegen noch vor Monatsende an. Dabei müssten Menschen, die kein Recht haben, in Europa zu bleiben, in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Bei einer Quote von bisher nur 36 Prozent Rückführungen der irregulären Migranten bedürfe es verstärkter Anstrengungen. Um einem erneuten Zustrom aus Afrika vorzubeugen, ruft Juncker alle Mitgliedstaaten auf, den Treuhandfonds für Afrika finanziell zu stärken. Schließlich sollten bis Ende 2017 die Arbeiten für legale Einreisemöglichkeiten abgeschlossen werden.

Über den Binnenmarkt, Geld und den Euro hinaus müssten stets die drei Grundprinzipien

- Freiheit von Unterdrückung und Diktatur,
- Gleichberechtigung der EU-Mitglieder und ihrer Bürger sowie
- Rechtsstaatlichkeit

gelten. Im Sinne der Gleichberechtigung müssten Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichteten, das gleiche Gehalt bekommen. Dies wolle die Kommission mit ihren Vorschlägen zur Entsendung von Arbeitskräften sowie der Errichtung einer neuen gemeinsamen Arbeitsbehörde ermöglichen.

Rechtsstaatlichkeit bedeute auch, rechtskräftige Urteile zu akzeptieren und zu respektieren. Anderenfalls würden die Bürgerinnen und Bürger ihrer Grundrechte beraubt. Damit richtete Juncker sich indirekt an Ungarn, das das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Rechtmäßigkeit der Umverteilung von Flüchtlingen nicht akzeptieren will.

Unter der Überschrift „eine stärkere, mehr geeinte und demokratischere Union“ verdeutlichte Juncker auch seine Haltung zu einzelnen, besonders kontroversen europäischen Initiativen.

Zur Verstärkung des Schutzes der EU-Außengrenzen müsste für Rumänien und Bulgarien unverzüglich der Schengen-Raum geöffnet sowie Kroatien die volle Schengen-Mitgliedschaft ermöglicht werden, sobald es alle Kriterien erfülle.

Die Bankenunion müsse unverzüglich vollendet, verbleibende Risiken in den Bankensystemen der Mitgliedstaaten verringert werden. Er gestand allerdings zu, dass es eine gemeinsame Einlagensicherung nur geben könne, wenn jeder seine nationalen Hausaufgaben erledige. Damit kommt er der Forderung des Deutschen Landkreistages nach, dass vor einer Vergemeinschaftung der Einlagensicherung zunächst risikoreduzierende Maßnahmen durchgeführt werden müssen.

Zur Beendigung von Sozialdumping sowie Errichtung von Sozialstandards in Europa rief Juncker die Mitgliedstaaten auf, sich auf die europäische Säule sozialer Rechte zu einigen. Nationale Sozialsysteme würden allerdings noch lange unterschiedlich und eigenständig bleiben.

In dieser Mandatsperiode der Kommission und des Parlaments würden keine neuen Mitglieder in die EU aufgenommen, weil die Beitrittsbedingungen nicht erfüllt werden können. Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Grundwerte hätten dabei oberste Priorität, was eine EU-Mitgliedschaft der Türkei in absehbarer Zukunft ausschließe.

Zur Stärkung des EU-Binnenmarktes sprach Juncker sich u. a. für eine Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit bei Beschlüssen über die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, über die Mehrwertsteuer, über eine faire Besteuerung der Digitalwirtschaft und über die Finanztransaktionssteuer aus. Dazu bedarf es seines Erachtens keiner Vertragsänderungen.

Daneben forderte er einen Europäischen Wirtschafts- und Finanzminister, der positive Strukturreformen in den Mitgliedstaaten fördere. Dieser solle alle EU-Finanzierungsinstrumente koordinieren, wenn ein Mitgliedstaat von einer Rezession oder einer Fundamentalkrise betroffen ist. Es solle dazu keine neue Position geschaffen werden, vielmehr soll ein Kommissar (idealerweise ein Vize-Präsident der Europäischen Kommission) die Rolle als Vorsitzender der Eurogruppe einnehmen und dem Europäischen Parlament rechenschaftspflichtig sein.

Für eine stärkere Union nennt Juncker schließlich neben der gemeinsamen Terrorbekämpfung und einer bis 2025 funktionsfähigen europäischen Verteidigungsunion das Thema Subsidiarität. Die Kommission solle sich in Weiterführung ihrer Bemühungen der letzten Jahre auf die wirklich wichtigen Dinge konzentrieren, die Bürger Europas nicht mit „*Regelungs-Klein-Klein nerven, pausenlos neue Initiativen vom Zaun brechen*“ und Befugnisse, dort wo es sinnvoll sei, an die Nationalstaaten zurückgeben. Dies habe Kommissarin Vestager bereits erfolgreich getan und 90 Prozent der staatlichen Beihilfeentscheidungen auf die regionale oder kommunale Ebene verlagert. Er kündigte an, noch in diesem Monat eine Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit einzusetzen, die der Erste Vizepräsident Frans Timmermans leiten solle und der Mitglieder des Europäischen sowie nationaler Parlamente angehören sollen.

Für eine demokratischere Union schlägt Juncker europaweite, transnationale Listen für die kommenden Europawahlen vor. Diese würden die Wahlen europäischer und demokratischer machen. Daneben soll ein neuer Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder diesen die Möglichkeit eröffnen, als Kandidat bei den Europawahlen anzutreten, aber auch ihre Integritätsanforderungen sowohl während ihres Mandats als auch danach erhöhen.

Schließlich stellt er eine Verschmelzung des Amts des Präsidenten der Europäischen Kommission mit dem des Präsidenten des Europäischen Rates in Aussicht. Ein in einem europaweiten demokratischen Wahlkampf gewählter Präsident würde der wahren Natur der Europäischen Union besser gerecht werden, da diese sowohl eine Union der Staaten als auch der Bürger ist. Über diese Vorschläge solle ein EU-Sondergipfel am 30. März 2019 entscheiden.



Theel

Anlage
(**nur** digital)